



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/10<sup>6</sup> - 7.5.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Bundestagsbeschlüsse nicht ausgeführt	S. 1
Konflikt Churchill - Eden	S. 3
Strukturwandel der westdeutschen KP	S. 4

Die Praxis der Regierungskoalition, mit dem Gewicht der Zahl Gesetze nur nach den eigenen Vorstellungen und ohne Rücksicht auf die besseren Argumente der Opposition zu gestalten, ist nur eine ihrer undemokratischen Methoden. Bei für die Koalition oder ihre Auftraggeber unerfreulichen Gesetzen bedient man sich zusätzlich des bürokratischen oder parlamentarischen Widerstandes. Anträge, Entwürfe u.ä. werden in Fachausschüssen begraben; beschlossene Gesetze dem Bundespräsidenten nicht zur Verkündung zugeleitet oder man erläßt nicht die notwendigen Durchführungsverordnungen, wie beim Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen oder beim Gesetz über die Teuerungszulagen, zu dem uns nachfolgender Beitrag zugeht:

### Die Ärmsten sind die Opfer

Sch. Bei den Empfängern von Sozialleistungen herrscht großes Befremden darüber, daß die Teuerungszulage, die sowieso nur drei DM monatlich beträgt und nur den Ärmsten der Armen zugute kommt, bisher noch nicht an alle Berechtigten ausgezahlt worden ist. Vor nahezu einem Jahr wurde von der Bundesregierung bereits die Einführung dieser Teuerungszulage zur Abgeltung von Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln angekündigt. Obwohl die Preiserhöhungen inzwischen längst Wirklichkeit geworden waren, verging nahezu ein Vierteljahr, bis endlich die entsprechende Gesetzesvorlage dem Parlament in den letzten Sitzungstagen vor den Sommerferien zugeleitet wurde.

Unter diesem Zeitdruck war es der Sozialdemokratischen Fraktion nicht möglich, das Gesetz so mitzugestalten, wie es

eigentlich erforderlich gewesen wäre, da sie sonst eine baldige Verabschiedung gefährdet hätte. Sie hatte sich aber getäuscht, wenn sie glaubte, daß durch den Verzicht auf eine eingehende Beratung des Gesetzes die Renten- und Fürsorgeempfänger schneller in den Genuß dieser Teuerungszulage gelangen würden. In unverantwortlicher Weise wurde die Herausgabe der Durchführungsbestimmungen verzögert. Als am Ende des letzten Jahres ein großer Teil der Berechtigten noch nicht in den Genuß der Teuerungszulage gelangt war, sah sich die Sozialdemokratische Fraktion gezwungen, in einer Anfrage an die Bundesregierung nach den Ursachen für diese Verschleppung zu fragen. Die Bundesregierung sagte eine Beschleunigung zu und kündigte an, daß die Verwaltungsvorschriften in "allerkürzester Zeit" erlassen würden.

Inzwischen sind nun Millionen Fragebogen ausgegeben worden, ohne daß die Ausfüllenden dadurch mehr an Rente bezogen hätten und ohne daß ein Ergebnis dieser Aktion zu sehen ist. In dieser völlig verfahrenen Situation, für die die Bundesregierung die volle Verantwortung trägt, brachten die Koalitionsparteien am 20. März d.J. ein Änderungsgesetz zu diesem Gesetz ein. Wenn das Gesetz auch erfreulicherweise eine Klärung der bisherigen Unklarheiten bringt, so sollen doch die Empfänger von Krankengeld und Hausgeld der Krankenversicherung sowie der Unfallversicherung ausgeschlossen werden, da diese Bezüge aufgrund der inzwischen erhöhten Löhne selbst erhöht wurden. Ob es allerdings gelingen wird, einige Verbesserungen für die Kriegsoffer durchzusetzen, werden erst die Beratungen im Plenum zeigen. Das dringendste Erfordernis dieses Gesetzes ist aber, die Auszahlung der Teuerungszulage zu beschleunigen. Es sollte nicht des fast einjährigen Jubiläums der Verabschiedung dieses Gesetzes bedürfen, um einer Selbstverständlichkeit Genüge zu tun.

+ + +

Anthony Edens Dilemma

B.C. - London

Die gegenwärtig in London stattfindenden anglo-ägyptischen Verhandlungen, zu denen der seinerzeit so betont abberufene ägyptische Botschafter Amra Pascha eigens nach London zurückkehrte, und denen auch der (britische) Generalgouverneur des Sudan beiwohnt, bedeuten für den schon seit längerer Zeit hinter den Kulissen der Tory-Regierung schwelenden Konflikt zwischen Churchill und Eden die Zerreißprobe.

Das Pentagon (amerikanisches Wehrministerium) ist brennend daran interessiert, durch Beilegung des anglo-ägyptischen Zwistes die internationale Verteidigung der Suezkanalzone sicherzustellen. Jetzt hat es den Anschein, daß unter amerikanischem Druck Premierminister Churchill sich bereit gefunden hat, den Titel "König des Sudan" anzuerkennen, den Ägypten für seinen Monarchen, Farouk, in Anspruch nimmt. Eine derartige Anerkennung, ohne den Sudanesen selbst Gelegenheit zu geben, in einer Volksabstimmung ihren eigenen Willen kundzutun, würde einen glatten Wort- und Treubruch bedeuten. Schon 1946 hatte Ernest Bevin, Labours damaliger Außenminister, in einer feierlichen Regierungserklärung dem Volke des Sudan versprochen, es werde Gelegenheit haben, über die Form seiner eigenen Unabhängigkeit einschließlich seiner verfassungsmäßigen Beziehungen zu Ägypten und Großbritannien selbst zu entscheiden. Voriges Jahr erklärte die britische Regierung, daß die sudanesische Unabhängigkeit noch vor Ende des Jahres 1952 aufgerichtet werden solle. Nach der Regierungsübernahme durch die Konservativen bekräftigte der neue Außenminister, Eden, im November 1951 diesen Kurs und machte ihn ausdrücklich zu einer politischen Verpflichtung des neuen Tory-Regimes.

Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß die überwältigende Mehrheit der Sudanesen eine selbst nur formale Titularanerkennung Farouks als "König des Sudan" billigen würde, wäre eine solche Anerkennung über ihre Köpfe hinweg "der schwärzeste Verrat in der britischen Geschichte", wie eine rechtsstehende englische Tageszeitung es kürzlich ausdrückte. Für den Sudanesen (und auch für den Ägypter übrigens) bedeutet der Königstitel stets Ausdruck eines "Herr-Diener"-Verhältnisses. Der rein symbolische Begriff des Königs ohne politische Macht, wie ihn die demokratischen Staaten Skandinaviens und

des britischen Commonwealth kennen, ist ihm etwas Unvorstellbares.

Anthony Eden ist zweifellos ein Mann von Ehre und Prinzipien. Schon einmal, im Jahre 1937, trat er vom Amte des Außenministers zurück, als er die Politik Chamberlains gegenüber der italienischen Aggression in Abessinien nicht mit seinem Gewissen vereinbaren zu können glaubte. Dieser Schritt verstärkte damals sein Prestige ganz gewaltig, da die britische Öffentlichkeit Grundsatztreue (die dazu noch bei Torypolitikern Seltenheitswert hat) schätzt und bewundert. Es ist durchaus möglich, daß auch dieses Mal Eden die Konsequenz ziehen und zurücktreten wird, falls es ihm nicht gelingen sollte, Churchill und der USA gegenüber seinen eigenen Standpunkt durchzusetzen. Damit würde er sich die Führungsnachfolge der Torypartei erübrigend sichern.

+ + +

"Aktionseinheit" - Eingeständnis eigenen Unvermögens

(sp) Mit der den Kommunisten eigenen Verbissenheit verstärken sie von Tag zu Tag ihre Propaganda zur "Herstellung der Aktionseinheit zwischen den christlichen und sozialdemokratischen mit den kommunistischen Arbeitern". Wer Gelegenheit hat, kommunistische Zeitungen zu lesen, muß den Eindruck gewinnen, als könnten die Menschen in der Bundesrepublik den Tag nicht mehr erwarten, an dem sie sich mit ihren kommunistischen Friedensfreunden vereinigen. Er darf nur nicht um die Wahrheit besorgt sein, denn sie steht fast immer im Gegensatz zu den enthusiastischen Darstellungen der KP-Presse.

Die "Aktionseinheit" ist seit Anfang 1951, als in Weimar der III. Parteitag der KP stattfand, Leitsatz der kommunistischen Politik. Sie ist gleichzeitig das Ergebnis der Erkenntnis, daß die KP als Massenpartei keine Zukunft hat und damit nicht geeignet ist, eine nützliche Aufgabe in dem vorausgesehenen Kampf um die Macht in Westdeutschland zu übernehmen. Darum die Umstellung von der Masse zum Kader und von der offenen zur konspirativen politischen Tätigkeit. Wahlziffern und Mitgliederzahlen haben seither für die KP eine nur untergeordnete Bedeutung, sie sind letzthin Fassade, hinter der sich eine streng geheime und nach allen Erfahrungen der Neuzeit organisierte Agentenorganisation ausgebreitet hat. Die Zentrale befindet sich in der Westabteilung der SED, die direkt Ulbricht unterstellt ist. Die Geheimhaltung ist so vollendet, daß nicht einmal die

meisten Mitglieder Kenntnis davon haben.

Diese Kaderpolitik der KP war die Konsequenz der ständigen Wahl-Niederlagen. Allein in Niedersachsen, das kommunistischer Einsichtung am stärksten ausgesetzt ist, ging der KP-Stimmenanteil von 7,6 Prozent im Jahre 1947 auf 1,8 Prozent bei den letzten Landtagswahlen zurück. Von Juli 1950 (Koreafrage) bis Januar 1951 verlor die KP von 163000 Mitgliedern 23000.

In den Parteischulen der KP und SED wird seit Jahren eine neue "Elite" erzogen, die die Generation der Funktionäre aus der Zeit vor 1933 ablösen soll. Diese Elite, größtenteils aus der FDJ hervorgegangen, soll die führenden Positionen einnehmen, "auch wenn sie in jugendlichem Eifer noch Fehler macht". Aber auch die Verjüngung des Führungskaders der KP kann nicht verdecken, daß diese Partei - im Gegensatz zu ihrem Propagandaslogan "Partei der Jugend" - sich im Zustand der Vergreisung befindet. Im Februar 1951 setzte sich die Mitgliedschaft der KP folgendermaßen zusammen:

Mitglieder bis 25 Jahre	6,5 Prozent
26 " 35 "	13,5 "
36 " 50 "	45,5 "
über 50 "	34,5 "

In der Gruppe bis zu 25 Jahren ist die FDJ nicht einbegriffen. Dem aufmerksamen Beobachter zeigt sich dieses Bild auch in den Versammlungen der KP. Die sich manchmal überschlagenden Anordnungen werden oft nur schleppend befolgt und durchgeführt. Häufig bestehen zwischen den jungen "Instruktoren" und den alten Kämpfern heftige Meinungsverschiedenheiten, und mancher Instrukteur hat seinen Auftrag in dem Kreisverein nicht ausführen können, weil er auf den erbitterten Widerstand der "Alten" stieß, die den Jüngling nicht anerkannten. Als eine Konsequenz aus diesen Tatsachen wird die Schulung und Überprüfung der Kader immer stärker betont, während sich die alten Kommunisten häufig in den Schmollwinkel zurückziehen.

Die Kaderabteilungen, die bis zu den Kreisverbänden herunter bestehen, sind gleichzeitig die Verbindungsstellen zum illegalen Apparat. Von ihnen führt über die Kaderabteilung beim Parteivorstand der KP, die Kaderabteilung beim Zentralkomitee der SED bis zum Ressort Kader beim Ministerium für Staatssicherheit, dem Zaisser vorsteht, ein gerader Weg.

Die bedeutsamste Tätigkeit der Kaderabteilungen zeigt sich gegenwärtig auf dem weiten Gebiet der Farnorganisationen, die Ulbricht die "Zweite Front" nennt. Weit über 100 solcher Organisationen reagieren mittels der Kader auf jede Anordnung von oben und stellen die Figuren - natürlich unterschiedlich in ihrer Bedeutung - auf dem Schachbrett dar, auf dem der totalitäre Kommunismus gegen die Demokratie spielt. Man muß sich die Zusammenhänge immer wieder vergegenwärtigen, um nicht in Versuchung zu kommen, die kommunistische Drohung zu bagatellisieren.